



SVP Schwyz wagt sich aus Blochers Schatten

Delegierte aus andern Kantonen eher gegen ein Referendum

Delegierte aus dem Kanton Schwyz halten am Referendum gegen die Personenfreizügigkeit fest, auch gegen die Meinung von Christoph Blocher. So deutlich will sich in der Zentralschweiz keine andere Kantonalpartei gegen die Meinung der Parteispitze stellen.

mjm. Luzern, 2. Juli

Einig sind sich alle in der SVP, dass die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit in einer Vorlage stossend ist. In der Zentralschweiz gibt es aber nur in der SVP des Kantons Schwyz einen deutlichen und einheitlichen Trend, am Referendum gegen die Personenfreizügigkeit festzuhalten, auch gegen die Meinung der Parteispitze. Die Delegierten aus Luzern, Zug, Uri und Nidwalden werden beide Meinungen vertreten. Sie sind sich uneinig und offen dafür, was die Mehrheit entscheidet, während sich die Delegierten aus Obwalden gegen ein Referendum wenden.

Dass Vizepräsident Christoph Blocher eine Kehrtwende vollzogen hat und nun auf ein Referendum gegen die Personenfreizügigkeit verzichten will, «ist bei der Basis im Kanton Schwyz nicht verstanden worden», sagt Judith Uebersax-Widmer, Parteipräsidentin Kanton Schwyz, weil der Zentralvorstand seinerzeit mit 80 zu 0 ein Referendum gutgeheissen habe. Das sei an der Sitzung des Kantonalvorstandes, dem rund 70 Mitglieder angehören, deutlich zum Ausdruck gekommen. Sie will sich zusammen mit andern in der Diskussion an der Sitzung des Zentralvorstandes am Freitag und an der Delegiertenversammlung am Samstag dafür einsetzen, dass das Referendum trotzdem ergriffen wird. «Die Bevölkerung erwartet das. Die Leute wollen, dass man Ja oder Nein sagen kann.»

Auch im Kanton Luzern verstünden viele Leute Blochers Kehrtwende nicht, sagt Yvette Estermann, Nationalrätin und Parteipräsidentin SVP Kanton Luzern. Der Druck sei zu stark für ein Referendum aufgebaut worden. Es sei nun schwierig, zu erklären, warum der Umschwung passiert sei. Estermann, die für ein Referendum ist, zeigt Verständnis für die nationale Parteispitze. Die SVP habe sehr viele Wirtschaftsleute in der Partei, die kein Risiko eingehen wollten. Wie die Luzerner Delegierten abstimmen werden, sei offen. Ähnlich wie in Luzern sind die Delegierten der SVP Nidwalden offen für einen Verzicht auf ein Referendum, auch wenn man grundsätzlich dahinterstehe, sagt Peter Wyss, Parteipräsident Kanton Nidwalden. Auch in Uri ist man klar für ein Referendum, doch die Zweifel daran überwiegen, dass ein Referendum wirklich

viel bringt, wie Gusti Planzer betont, Präsident der SVP Uri. Er wisse nicht, wie die Zuger Delegierten entscheiden werden. Man sei offen für beide Entscheide, sagt auch Stephan Schleiss, Parteipräsident. Der plötzliche Verzicht auf ein Referendum sei unglücklich. In Obwalden hat man sich zur Meinung der Parteispitze durchgerungen. «Obwalden macht bei einem Referendum nicht mit», hält Albert Sigrist, Präsident der SVP Obwalden, fest.

Die Delegierten würden an der Versammlung am Samstag der nationalen Parteispitze folgen und auf ein Referendum verzichten, prophezeit der Schwyzer Nationalrat und Auns-Präsident Pirmin Schwander. Er hat von Delegierten aus andern Kantonen bisher zu wenig Anzeichen dafür erhalten, dass ein Referendum unterstützt werde. «Wir werden in der Minderheit sein. Der Antrag der Geschäftsleitung kommt durch.»

Junge SVP sammelt Unterschriften

Sx. Mit einem gemeinsamen Komitee und gemeinsamen Bögen sammeln die Junge SVP Schweiz und die ihr nahestehende Jugendorganisation Young4Fun bereits Unterschriften für das Referendum gegen die Verlängerung und Erweiterung der Personenfreizügigkeit mit der EU. Der Vorstand der Jungen SVP Schweiz hat sich am Dienstagabend bei nur einer Gegenstimme für das Referendum entschieden. Die Delegierten von Young4Fun haben sich bereits am 21. Juni, wenige Tage nach Blochers Erklärung zum Verzicht auf ein Referendum, einstimmig für den Kampf gegen die Personenfreizügigkeit ausgesprochen. Die Junge SVP und die überparteilich gegründete Young4Fun weisen heute enge personelle und politische Verflechtungen auf. Fast alle Vorstandsmitglieder der Jugendorganisation sind in der SVP, und viele von ihnen haben bei den kantonalen Jungparteien der SVP Führungsfunktionen inne. Das war nach Angaben des St. Galler Nationalrats Reimann, Co-Präsident von Young4Fun, jedoch nicht immer so. Zahlreiche Jungfreisinnige haben die Jugendorganisation mit rund 1800 Mitgliedern unterdessen verlassen. Die Junge SVP und Young4Fun wollen nach Angaben ihrer Präsidenten, Erich Hess und Lukas Reimann, zusammen rund 20 000 Unterschriften gegen die Fortsetzung und Erweiterung der bilateralen Personenfreizügigkeit beibringen. Beide möchten am Samstag in Brig auch eine Mehrheit der Delegierten der SVP Schweiz für ihr Referendum gewinnen. Allein werden es die beiden Jugendorganisationen der SVP schwer haben. Doch rechnen beide zunächst einmal mit dem Sukkors der Auns, einer weit grösseren und ebenfalls SVP-nahen Organisation. Zumindest den Versand der Unterschriftenbögen an ihre 46 000 Mitglieder will die Auns übernehmen. Und bringen diese drei SVP-nahen Orga-



nisationen das Referendum zustande, dürfte sich der Druck auf die nationale Partei, sich im Abstimmungskampf in der einen oder anderen Form doch noch gegen die Fortsetzung der bilateralen Verträge mit der EU zu engagieren, erhöhen.

Bündner heissen nun auch BDP

(sda) Die von der Mutterpartei ausgeschlossene Bündner Kantonalpartei der SVP tritt ab sofort als Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) Graubünden auf. Sie übernimmt damit den Namen der Partei abtrünniger Berner SVP-Vertreter. Die bisherige Bezeichnung Bürgerliche

Partei Schweiz-Graubünden (BPS) werde hinfällig, teilte die BDP Graubünden am Mittwoch mit. Eine Delegiertenversammlung, die Ende August voraussichtlich in Chur stattfindet, muss den Namenswechsel noch gutheissen. Unter der neuen Bezeichnung sei «der Bündelung der gleichgesinnten Kräfte auf nationaler Ebene am besten gedient», schreibt die Geschäftsleitung. Die BDP Graubünden vermeidet so zudem juristische Auseinandersetzungen. Die seit 1996 bestehende kleine Bürgerpartei Schweiz (BPS) in Bern hatte rechtliche Schritte angedroht, sollte die neue Bündner Partei ihren Namen nicht wechseln.